

Pressekonferenz USR III Nein, 19.1.2017

Cora Antonioli, Lehrerin, Mitglied Landesvorstand VPOD

Tausende von Frauen und Männern sichern heute, 7 Tage die Woche und 24 Stunden den Tag, die Leistungen des Service public. Das ist für die gesamte Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Bereits heute steht der Service public unter starkem Spardruck. Viele Kantone haben den Holding-, Domizil- und gemischten Gesellschaften sowie den grossen Unternehmen schon jetzt bedeutende Steuerentlastungen gewährt. Seither reihen sich die Sparbudgets Jahr für Jahr – und die Löcher im Service public auch. Mit den von der USR III verursachten weiteren massiven Steuereinbussen würde sich die Situation noch verschlechtern. Alle Bereiche des Service public wären betroffen, ebenso seine Beschäftigten und seine NutzerInnen.

Beispiel Schule

16% der Bundesausgaben betreffen den Bereich Bildung. In den Kantonen beträgt dieser Wert zwischen 22 und 35 %. Unvorstellbar, dass die USR III hier nicht zu Abbau führte.

Zum Beispiel – wie im Wallis geschehen – durch Einfrieren oder Aufheben von Stellen, durch Reduktion von Tagesstrukturen, weniger Förderunterricht, weniger pädagogische Beratung usw.

Wenn man Stellen einfriert oder gar aufhebt, während gleichzeitig die Bevölkerung wächst und die Klassenbestände zunehmen, dann verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen der Unterrichtenden und die Lernbedingungen der Kinder.

Ein Ja zur USR III wäre für die Qualität unserer Schule ein harter Schlag. Der demokratische Auftrag unserer Schule, allen Jugendlichen gleiche Chancen auf Entfaltung, Emanzipation, kritische Wahrnehmung und berufliche und soziale Integration zu bieten, wäre im Herz getroffen.

Beispiel Gesundheit

Bereits heute mangelt es in allen Kantonen an Pflegekräften und Ärzten. Es ist zu bewundern, wie das medizinische Personal trotzdem die Notfälle und die verschiedenen stetig zunehmenden täglichen Aufgaben erledigen kann.

Wenn die USR III angenommen werden sollte, wird sich die Situation mit Sicherheit verschlechtern. Die Aufgaben nehmen noch mehr zu, der Lohn geht zurück. Das werden auch die PatientInnen spüren. Ein Ja zur USR III wird zu einer Qualitätseinbusse unserer Pflege führen.

Service public gefährdet

Der Service public wie wir ihn heute kennen ist also bedroht. Die Qualität unseres Service public und seiner Infrastrukturen ist und bleibt aber eine notwendige Bedingung, um den BürgerInnen eine gute Lebensqualität zu sichern. Und genau dafür kämpft der VPOD.

Die USR III senkt die Gewinnsteuern für die grossen Unternehmen und offeriert ihnen so riesige Geschenke. Das auf dem Rücken des Service public.

Wer den Service public zur Kasse bittet, bittet dessen Angestellten zur Kasse – und alle BürgerInnen, die diesen Service nutzen.

Am 12. Februar haben wir uns zwischen dem Service public und damit den Bedürfnissen der Bevölkerung einerseits und denen der Aktionäre andererseits zu entscheiden. Wir haben entschieden. Wir sagen NEIN zur USR III am 12. Februar.